Am 14.03.2021: SPD wählen!

Der rote Hammel

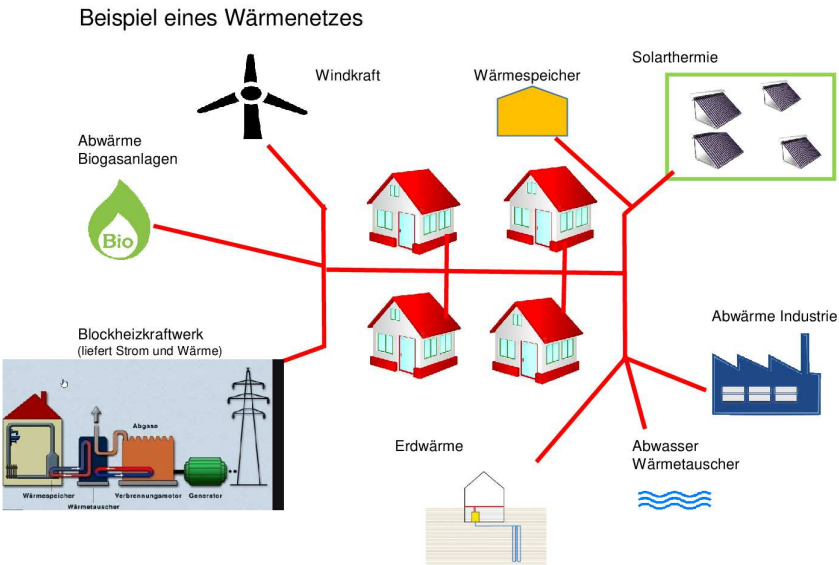
Februar 2021

Nahwärmenetz - Energiewende für Tamm?

In dem neuen Tammer Wohnbaugebiet nördlich der Stuttgarter Straße ist ein Nahwärmenetz durch ein Blockheizkraftwerk geplant. Nicht nur das neue Wohnbaugebiet soll daran angeschlossen werden, auch die angrenzenden Gebäude erhalten eine Möglichkeit für einen Anschluss.

Aus Gründen der CO2 Reduktion spielt der Bau von Nahwärmenetzen künftig eine sehr große Rolle, da diese schnell auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden können. Dabei ist ein Energiemix aus Holzpellets, Brennstoffzellen, Gas, Solar, Geothermie, Abwasserwärmetauscher, Wärmepumpen, Windenergie und vielen weitere Techniken möglich. Nahwärmenetze können es also ermöglichen, klimafreundliche Energieträger im jeweiligen Versorgungsgebiet flexibel zu gestalten und lokal vorhandene Potenziale für Erneuerbare Energien besser nutzbar zu machen. Zeitgleich müssen alle angeschlossenen VerbraucherInnen keine eigene Heizungsanlage mehr installieren und betreiben. Umweltvorgaben werden vom Betreiber der Anlage erfüllt. Das Betreiben einer eigenen Heizungsanlage stößt in der Zukunft oftmals an technische und wirtschaftliche Grenzen. 2021 steigt der Heizölpreis durch die CO2 Steuer um 14%. Bis 2025 wird diese Steuer mehr als verdoppelt.

Tamm erfüllt die Voraussetzung für ein flächendeckendes



Nahwärmenetz. Tamm ist eng gebaut, es gibt viele teure Nachtspeicheröfen und alte Heizungsanlagen sowie Neubaugebiete. Es wäre ökologisch für Tamm ein großer Schritt nach vorne und viele BesitzerInnen hätten eine langfristige und bezahlbare Lösung für ihre alte Heizung.

Wir sind dafür, dass zu diesem Thema zu gegebener Zeit eine Bürgerversammlung von der Gemeinde organisiert wird, damit die BürgerInnen über die aktuellen Planungen informiert werden und auch die Möglichkeiten eines solchen System erläutert wird. Nur wenn die HauseigentümerInnen mitmachen, kann man ein Wärmenetz planen. Bei dieser Bürgerversammlung sollte eine Beratungsagentur, z.B. die LEA informieren, auch könnte man Erfahrungsberichte bei Gemeinden einholen, die schon entsprechend aktiv sind.

Ilsfeld, Ludwigsburg, Kornwestheim, Markgröningen investieren bereits in solche Netze. Alle großen Städte im Kreis müssen einen Wärmeplan erarbeiten. Dafür gibt es Fördermittel. Auch kleinere Gemeinden können, müssen aber nicht, einen Wärmeplan erarbeiten. Tamm sollte sich nicht hinten anstellen, sondern jetzt reagieren. Fördermittel sind endlich. Man kann nicht nur über die Energiewende reden, sondern sollte auf allen Ebenen dazu beitragen.

Der Kommentar: Die Märkte richten nicht alles

Lange Zeit galt die Devise, dass die Märkte es schon richten werden und die Politik sich aus dem gesellschaftlichen Leben möglichst heraushalten soll.

Nicht nur bei der Versorgung mit Wohnraum ist schon lange offensichtlich, dass der Markt das Problem von genügend preiswertem Wohnraum nicht lösen kann. Noch viel deutlicher wird dies jetzt in der Corona-Krise, wo durch staatliches Handeln viele Menschenleben, aber auch Arbeitsplätze und Existenzen gerettet werden.

Impfstoffe werden mit massiver staatlicher Unterstützung entwickelt, die Impfkampagnen werden staatlich und nicht privat organisiert, die Krankenhausversorgung kann nur aufgrund massiver staatlicher Unterstützung aufrecht erhalten werden, großzügige Regelungen zur Kurzarbeit verhindern Massenarbeitslosigkeit.

Nun sollte auch dem Letzten klar sein, dass ein schwindsüchtiger Staat nur denen nützt, die sich auch ohne starke Gemeinschaft alles selbst leisten können Die meisten Menschen jedoch sind auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen, der sich um unsere Sicherheit, Straßen und öffentlichen Verkehr, Bildung, Gesundheit und vieles mehr kümmert.

Das soll nicht heißen dass der Staat alles selbst machen muss. Ein handlungsfähiger Staat hat aber die finanziellen und sachlichen Möglichkeiten, sich um diese Themen zu kümmern. Und dafür zahlen wir alle Steuern – möglichst nach der Devise, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache.

Gerhard Jüttner

Sorgenkind Schulsystem Baden-Württemberg

Für eine Kultur des Hinschauens!

Seit vielen Jahren nehmen die kritischen Stimmen von Eltern, LehrerInnen und BildungsexpertInnen zum baden-württembergischen Schulsystems deutlich zu und dies unabhängig davon, welche politische Regierungskonstellation gerade das Land regiert.

Seit fast zwei Jahrzehnten befinden sich die Schulen in Baden-Württemberg im Abwärtstrend. Lagen die Leistungen im Jahr 2000 noch im überdurchschnittlichen Bereich im bundesweiten Vergleich, zeigen die aktuellen Studien z.B. gerade im Bereich des Lesens einen deutlichen Leistungseinbruch. Viel zu viele SchülerInnen zeigen Leistungen, die unterhalb des Mindeststandards liegen.

Was haben andere Bundesländer wie z.B. Hamburg oder Schleswig-Holstein anders gemacht, bei denen es einen deutlichen Aufwärtstrend gibt?

Der Tübinger Bildungsforscher Professor Ulrich Trautwein nennt in einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten 2018 hierfür zwei wesentliche Gründe:

„Beide Bundesländer haben infolge von unbefriedigenden Leistungen ihr Schulsystem umfassend professionalisiert. Statt Misserfolge und Qualitätsprobleme zu ignorieren, wurde eine „Kultur des Hinschauens“ etabliert, die gepaart ist mit passgenauen Hilfsangeboten. Dabei kommt nur das in die Schulen, was sich zuvor in wissenschaftlichen Studien als wirksam erwiesen hat.

Was hat Baden-Württemberg falsch gemacht?

Vereinfacht gesagt: Baden-Württemberg hat bei dem Versuch, ein traditionelles, eher obrigkeitsstaatliches Schulsystem umfassend zu modernisieren, komplett die Orientierung verloren. Es fehlte nicht an Reformen, aber oftmals waren es die falschen oder die Umsetzung war mangelhaft. Und dass etwas falsch läuft, wurde lange Zeit nicht bemerkt. Ein entscheidendes Problem: Statt eine Kultur des systematischen Hinschauens zu etablieren, wurde ein kritischer Blick zunehmend als Zumutung empfunden.“

Dieser kritische Blick muss hierbei aber nicht nur den Leistungsbereich umfassen, sondern muss auch andere Themen ins Auge fassen:

- wie kann der Unterricht so gestaltet werden, dass SchülerInnen dort abgeholt werden, wo sie stehen (Individualisierung und Stärkenbetonung),
- wie kann ein wertschätzender Umgang an unseren Schulen gelebt werden,
- wie kann Schule auch zur positiven

Persönlichkeitsentwicklung beitragen… Schule ist und muss mehr sein als reine Wissensvermittlung und Leistungsselektion!

Wie wichtig gerade diese Themen sind, wird an vielen Erfahrungsberichten von Kindern und Eltern überdeutlich: Grundschulkinder, die sich riesig auf die Schule gefreut haben und schon nach kurzer Zeit Selbstwertprobleme entwickeln, weil sie den Anforderungen nicht genügen; Familien, die die Hausaufgabensituation / Lernsituation als stark belastend empfinden; Kinder, die vermehrt Ängste entwickeln und zunehmende Schulverweigerungstendenzen aufzeigen. Die Fragestellung muss lauten: was kann Schule tun, damit für alle Kinder und Eltern Schule gelingen kann.

Es reicht auch nicht aus, ständig neue Inhalte und Themen zu setzen wie z.B. Englisch in der Grundschule, gleichzeitig aber nicht dafür zu sorgen, dass auch die Rahmenbedingungen wie Lehrerausstattung, Fortbildung, finanzielle Ausstattung etc. stimmen. Nicht mal bei einem rechtlich verankerten Bereich wie Inklusion werden die nötigen Voraussetzungen geschaffen. Dies führt sonst dazu, dass sich Lehrkräfte, Eltern und Kinder alleingelassen fühlen und aus einem guten Projekt schnell eine Mogelpackung wird.

Eine umfassende Analyse unseres Schulsystems ist notwendig; hierbei müssen alle Beteiligten eingebunden werden. Allein die ständige Symptombekämpfung oder nur ein Methodenwechsel wird nicht genügen ohne grundsätzlich an die Wurzeln zu gehen. Hierzu gehört eine gehörige Portion Mut - aber wenn wir wollen, dass unsere Kinder und Eltern Schule positiv erleben, sich auch Lehrkräfte wertgeschätzt fühlen, dann führt u.E. kein Weg daran vorbei.

Die Kultusministerin im Neuland

Im Februar 2020 gab Kultusministerin Susanne Eisenmann bekannt, dass die ersten Bausteine einer geplanten digitalen Bildungsplattform nicht bis, sondern erst ab Herbst 2020 zur Verfügung stehen sollten. Dies war eine erstaunliche Verzögerung angesichts der Tatsache, dass ursprünglich für 2018 eine Komplettlösung angekündigt war. Doch wäre es vielleicht bei einer gewissen Verärgerung geblieben, wären nicht wenige Wochen später die Schulen aufgrund der Corona-Pandemie geschlossen worden. Plötzlich wurde klar, wie groß die Versäumnisse des Kultusministeriums im Bereich der Digitalisierung waren. In Baden-Württemberg wurden an vielen Schulen die Arbeitsaufträge in den ersten Wochen wegen datenschutzrechtlicher Bedenken per E-Mail über die ElternvertreterInnen an die SchülerInnen bzw. deren Eltern verteilt und bestanden größtenteils aus wenig digitalen Arbeitsblättern und Arbeitsaufträgen. Erst nachdem die meisten Schulen sich selbstständig Lösungen gesucht und in die jeweilige Plattform eingearbeitet hatten, stellte das Kultusministerium Ende Juni ein datenschutzkonformes Videokonferenztool und nach den Sommerferien einen Messengerdienst für die Kommunikation unter den Lehrkräften zur Verfügung. Wenig überraschend, dass diese kaum genützt werden, schließlich mussten die Schulen seit März andere Lösungen finden. Dass es viele Schulen gibt, die noch nicht mit ausreichenden Breitband-Kapazitäten ausgestattet sind und LehrerInnen in der Regel ihre privaten Endgeräte nutzen müssen, erschwert das digitale Fern-Unterrichten natürlich auch deutlich.

Abgesehen davon, dass diese technische Rückständigkeit nicht in kürzester Zeit aufgeholt werden kann, hat sich die Kultusministerin und Spitzenkandidatin der CDU bei der kommenden Landtagswahl, Susanne Eisenmann, auch als schlechte Krisenmanagerin erwiesen. Verordnungen wurden regelmäßig so kurzfristig beschlossen, dass SchulleiterInnen gerade mal das Wochenende zur Vorbereitung hatten, um sie umzusetzen und Eltern zu informieren. Die Sturheit, mit der Frau Eisenmann auf eine Rückkehr

zum regulären Präsenzunterricht unabhängig von der Pandemieentwicklung im zweiten Lockdown bestand, zeigt, dass die neun Monate seit Beginn der Corona-Pandemie nicht genutzt wurden, um Pläne für einen guten Fern-Unterricht oder geteilten Unterricht zu erstellen. Im Laufe des letzten Dreivierteljahres wurden keine Konzepte entwickelt, die auf die spezifischen Bedürfnisse unterschiedlicher Altersklassen oder Schularten Rücksicht nehmen.

Eltern, Kinder und Schulen wurden damit allein gelassen, mit der Situation zurecht zu kommen. Immerhin konnte Frau Eisenmann sich nicht damit durchsetzen, ohne Rücksicht auf die Gesundheit der SchülerInnen und der Lehrkräfte zum normalen Präsenzunterricht zurück zu kehren. Eine Vorstellung davon, wie Schule und Bildung in Baden-Württemberg zukunftsfähig gemacht werden kann, scheint sie jedenfalls nicht zu haben.

Inklusion aus Sicht einer Betroffenen

Der Tammer SPD ist es ein Anliegen die Situation von Menschen mit Behinderungen in Tamm stärker zu berücksichtigten und ihnen Gehör für Ihre Probleme und Fragestellungen zu verschaffen. Zu diesem Thema konnten wir eine sehr erfahrene Interviewpartnerin gewinnen: Petra Nicklas wohnt in Tamm, hat eine Tochter mit schweren Beeinträchtigungen und ist Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam e.V.“ im Landkreis Ludwigsburg.

Roter Hammel: *Hallo Petra, Sie leben seit 1989 in Tamm und engagieren sich seit vielen Jahren in der Arbeit mit beeinträchtigten Menschen und werden auch im Tammer Inklusionsbeirat ehrenamtlich mitwirken, der sich jetzt im Frühjahr zum ersten Mal treffen wird.*

Petra Nicklas: Ja. Unsere Tochter Elisa ist 27 Jahre alt und seit ihrer Geburt schwerbehindert. Ich bin also als nächste Angehörige mit den Schwierigkeiten, die sich daraus im praktischen Alltag ergeben, von Anfang an vertraut.

R.H.: *Womit wir schon mitten im Thema sind: Können sie uns schildern, wie Sie die ersten Jahre mit Kindergarten und Schule für Ihre Tochter Elisa in Tamm erlebt haben? Unterschied sich der Werdegang Ihrer Tochter von dem nicht behinderter Kinder?*

P.N.: Ja, sehr deutlich. Der Weg in den Regelkindergarten war ihr von vornherein verbaut. Die Kommune war damals der Meinung, daß der Sonderschulkindergarten doch so viel sinnvoller für unsere Tochter sei. Wir hätten uns sehr gewünscht, daß unsere Tochter in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld gemeinsam mit den Nachbarskindern aufwächst und der entsprechende Kindergarten wäre sogar barrierefrei gewesen….aber es gab keine Bereitschaft bzw. ein Interesse daran, damals noch neue Wege mit uns zu gehen. Wir haben das sehr bedauert, haben aber auch eingesehen, daß sowohl Behörde als auch die Betreuer in den Kindergärten im Umgang mit schwerbehinderten Kindern kaum Erfahrung hatten und damit überfordert gewesen wären.

R.H.: *Die Idee der Inklusion gibt es schon lange. Was stand denn als Hindernis im Weg?*

P.N.: Zunächst einmal brauchen wir hierfür ausgebildete Erzieherinnen. Für viele Erzieherinnen stellt dies eine zusätzliche Aufgabe dar, bei der sie Unterstützung

benötigen und dies sowohl durch notwendige Rahmenbedingungen (Personalausstattung, entsprechende Räumlichkeiten ..) als auch durch gezielte Fortbildungen. Wir dürfen niemand alleine lassen, wenn es darum geht, beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Kinder und Jugendliche vorschulisch und schulisch zu begleiten. Dabei kann das Zusammenlernen zum Abbau von Vorurteilen führen und die soziale Kompetenz fördern.

R.H.: *Haben Sie selbst auch erlebt, dass auch Eltern der nicht beeinträchtigten Kinder der Inklusion skeptisch gegenüberstehen, weil sie fürchten, ihre Kinder könnten in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt werden, da sie nicht optimal gefördert werden könnten?*

P.N.: Klar ist, Behinderte sind oft weniger leistungsfähig oder hilfsbedürftig und so entsteht vordergründig der Eindruck, daß sie keinen Beitrag zum gesellschaftlichen bzw. schulischen Leben leisten können. Soziale Kompetenz steht nicht als Unterrichtsziel im Stundenplan und ist leider nicht auf den ersten Blick sichtbar und trotzdem ist sie in unserer Gesellschaft so wichtig ! Wenn Kinder gemeinsam aufwachsen, erhalten Sie einen ganz anderen Blickwinkel auf ihre Mitmenschen, empathisches Denken wird quasi automatisch geschult. Ich möchte dazu ein Erlebnis aus der Kindheit meiner Tochter erzählen. Auf dem Spielplatz kam ein Junge auf sie zu, zeigte mit dem Finger auf sie und meinte nur: „Was isch denn des?“ Das Nachbarmädchen erklärte ihm: „Des isch die Elisa und die wohnt im Nachbarhaus!“ So einfach ist es, wenn erst gar keine Barrieren aufgebaut werden. Gerade das Zusammenlernen trägt doch auch zum Abbau von Vorurteilen bei und fördert die soziale Kompetenz / soziale Intelligenz.

R.H.: *Wie sehen denn ihre Vorstellungen bezüglicher der schulischen Möglichkeiten aus?*

P.N.: Es sollte selbstverständlich werden, dass jedes Kind die Möglichkeit hat einen Kindergarten, eine Schule und Freizeitangebote seiner Wahl zu besuchen. Hierbei sollten und müssten die Schulen und Lehrkräfte natürlich unterstützt werden z.B. durch Sonderpädagogen, Physiotherapeuten… Eine Integration beeinträchtigter Menschen von Kita, Schule bis zur Teilhabe am Arbeitsleben und das Leben in selbstbestimmten Wohnformen möglichst in ihrem sozialen Umfeld wäre mein Ziel.

R.H.: *Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat ja den Antrag auf einen Inklusionsbeirat gestellt, der dann im Gemeinderat positiv entschieden wurde. Wie sehen Sie solch einen Beirat und was erwarten Sie davon?*

P.N.: Ich sehe es als sehr positiv, dass die Möglichkeit gegeben wird mit Betroffenen ins Gespräch zu kommen, dass Menschen angehört werden. Ich will dazu ein Beispiel geben: Auf unseren Straßen ist alles auf das Auto fokussiert. Aber wer interessiert sich für die Perspektive der Rollstuhlfahrer? Wenn man, auch als Begleitperson, mit dem Rollstuhl unterwegs ist, hat man damit zu kämpfen, dass Gehsteige zu hoch sind, oder dort, wo sie abgeflacht sind, parken dann Autos davor. Durch die täglichen Erfahrungen sei es im Straßenverkehr, beim Einkaufen, bei Behördengängen etc. werden die Betroffenen zu Experten und können so als wertvolle Sachver-

ständige für die Gemeindegremien wirken, sei es z.B. bei der Gestaltung neuer Wohngebiete einschließlich verkehrlicher Situationen; sei es z.B. beim Neubau der Grundschule Hohenstange oder Gestaltung eines Pausenraumes. Ich erhoffe mir dadurch langfristig eine Verbesserung der Situation vor Ort. Wichtig ist, dass der Inklusionsbeirat auch tatsächlich ernst genommen wird.

R.H.: *Wir hatten vorher auch kurz angesprochen, dass für die Betroffenen auch ein späteres selbstbestimmtes Wohnen ein Ziel wäre möglichst in ihrer Ursprungsgemeinde. Wie könnte dies aussehen?*

P.N.: Ich könnte mir ein integratives Wohnprojekt vorstellen, in dem Menschen mit Beeinträchtigungen mit Unterstützung selbständig leben können und gleichzeitig die Möglichkeit haben, Kontakte zu knüpfen und gemeinsame Aktivitäten zu organisieren. Auch Räumlichkeiten für Treffpunkte wären wünschenswert. Hierzu gibt es, soweit mir bekannt bereits einige Ideen, die aktuell in Tamm angedacht sind. Hierüber würde ich mich sehr freuen.

R.H.: *Frau Nicklas, Sie sind die Vorsitzende von Gemeinsam e.V., einem Verein, der Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung in unserem Landkreis unterstützt, Sie sind auch im Vorstand des Landesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte Menschen tätig.*

P.N.: Ich habe in dieser Ehrenamtstätigkeit viele Menschen kennen gelernt. Da baut man mit der Zeit ein Netzwerk auf, das ich durchaus einbringen kann in meine Tätigkeit hier in Tamm.

R.H.: *Was bedeutet für Sie Inklusion? Die SPD in Baden-Württemberg hat ja während ihrer Regierungszeit zwischen 2011 und 2016 einiges angestoßen?*

P.N.: Ich muss ausholen: Inklusion bedeutet für mich, alle Menschen sind gleich wertvoll, und die Würde des Menschen ist unantastbar. Das steht so im Grundgesetz und ist ein ehrbares Ziel, das sicher nicht zu erreichen ist, aber man kann jeden Tag daran arbeiten. Wichtig ist aber hierbei, dass Inklusion auch Geld kostet. Die derzeitige Landesregierung nimmt hier in meinen Augen zu wenig Geld in die Hand.

R.H.: *Passt da der Begriff „Inklusion light"?*

P.N.: Ja. Wenn Inklusion gelingen soll, dann müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die vom Kitabereich bis zur Betreuung und Begleitung älterer beeinträchtigter Menschen die Grundlagen legen, die für die Umsetzung notwendig sind. Dies sowohl im baulichen Bereich, im personellen Bereich (mehr und besser qualifizierte Lehrkräfte bzw. Erzieher), mehr und besser bezahlte Fachkräfte wie z.B. Heilerziehungspfleger, als auch im materiellen Bereich (bessere Ausstattung von Kitas, Schulen, Werkstätten), deutlich mehr integrative Wohnprojekte uvm. Es muss auch unser aller Aufgabe sein, die Einstellungen beeinträchtigten Menschen gegenüber positiv zu verändern.

R.H.: *Was ist Ihr Wunsch für Tamm?*

P.N.: Ganz wichtig ist meiner Meinung nach, dass ein Wille bekundet wird. Inklusion und Integration bedeutet, wir wollen das, und wir machen uns auf den Weg.

Wir danken Petra Nicklas ganz herzlich für das Gespräch.

Binokel-Turnier

2020 musste unser Binokel-Turnier wegen der Corona-Lage abgesagt werden. Dieses Jahr wollen wir versuchen, einen Termin im Frühsommer anzubieten. Weitere Infos erfolgen im Internet auf www.spd-tamm.de oder facebook.com/spdtamm, im Tammer Amtsblatt sowie in der Lokalpresse

Eine Zukunft gibt es nur mit Gestaltungswillen.

Die SPD ist die treibende Kraft im Land und im Bund. Die SPD hat einen Gestaltungswillen für die Zukunft, was anderen Parteien fehlt, besonders in Baden-Württemberg.

Was will die SPD in Baden-Württemberg

- Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitnehmer, **industrieller Wandel muss sozial gerecht sein**, ohne Kündigungen.
- Ausbau **sozialer Wohnungsbau.**
- **Bildungsoffensive bei neuer Technik**, wie Brennstoffzelle, Batterien, Umwelttechnik.
- **kostenlose Kita,** weil schon in der Kita die Bildung beginnt.
- **keine Privatisierung** bei der Grundversorgung der Bürger. (Gesundheit, Energie, Bildung).
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs (**365€ VVS Jahresticket).**
- Ausbau des Gemeinwesens, damit Ängste nicht zur Stärkung der rechten Parteien führt – Förderung Ehrenamt, Vereine, soziale Einrichtungen.
- **Erfüllung des Pariser Abkommens**, Umsetzung von Klimaschutzzielen.
- Mehr **Volksabstimmungen.**
- **Mehr Europa.**
- **Steuergerechtigkeit** – Internetkonzerne müssen auch Steuern bezahlen, Vorgehen gegen Steuerparadiese. **Eine Vermögenssteuer.**

SPD DAS WICHTIGE JETZT

Für was steht die Grün-Schwarze Landesregierung:

- Kein Dialog mit den Gewerkschaften, Arbeitsplatzsicherung nur wenn es den Konzernen gefällt – **Wandel in Richtung Niedriglöhnen** ohne Gewerkschaften.
- **Kindergartengebühren: alle zahlen gleichviel,** ob Krankenschwester oder Bankdirektor (wie es auch in Tamm geregelt ist).
- Bildungsministerium (**Frau Eisenmann): Totales Versagen bei der Einführung von digitalem Lernen**, **Corona: keine Vorbereitung** im Sommer auf den Unterricht nach den Ferien (Belüftungsanlagen, geteilter Schulbeginn, digitales Lernen, Coronatest). Keine Bildungsreform für den Wirtschaftswandel.
- **Privatisierung** von Bildung, Gesundheitswesen sowie Energie und Wasser, dadurch zahlt der Steuerzahler bei Verlusten, Gewinne kassieren Manager und Anleger.
- Ausbau des **digitalen Netzes** läuft sehr schlecht, jahrelanger Stillstand.
- Fast **kein Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes um Stuttgart** , tägliches Verkehrschaos.
- Ausbau **regenerierbare Energie Nahe Null** (3 Windräder im Jahr 2019 in BW)
- **Steuergerechtigkeit ist kein Thema** für Grün und Schwarz .

Fazit: **Grün-Schwarz** steht für **Stillstand** bei Bildung, Klimaschutz, gesellschaftlicher Entwicklung, steht für ungleiche Steuern, Privatisierung. Wir merken es täglich im Stau, im Wartezimmer beim Arzt, außer man ist privatversichert, schlechtes Internet, schlechte Luft. Diese Politik wirkt negativ.

Die SPD steht für das Gegenteil. Das hat sie in der Vergangenheit als einzige Partei in Deutschland bewiesen. **Eine Zukunft muss man Gestalten wollen**, das geht nur mit der SPD, ob im Land oder im Bund.

Die SPD steht für Programme und Ziele.

Spitzenkandidat
Andreas Stoch

Colin Sauerzapf - unser Landtagskandidat

Liebe Leserin, lieber Leser,

mein Name ist Colin Sauerzapf und ich will ab 2021 Politik im Landtag von Baden-Württemberg gestalten! Um ein besseres Bild von mir und meinen Zielen zu vermitteln will ich mich in ein paar Worten vorstellen.

Ich bin 22 Jahre alt, komme aus dem schönen Remseck und habe letztes Jahr meinen Bachelor im Fach Physik an der Universität Stuttgart gemacht. Neben dem Studium habe ich erst als Werkstudent in der Entwicklung bei Bosch gearbeitet und arbeite nun bei der Firma Trumpf. In meiner Freizeit ist meine große Leidenschaft mit diversen Instrumenten zu musizieren.

Seit der Kommunalwahl 2019 darf ich als Stadtrat in Remseck aktiv Kommunalpolitik gestalten. Schnell musste ich feststellen, dass viele Dinge auf kommunaler Ebene nicht umzusetzen sind, wenn das Land nicht entsprechende Gelder zur Verfügung stellt.

Als Beispiel will ich hier Kita-Gebühren nennen. Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und diese müssen jedem Kind unabhängig vom Einkommen der Eltern zur Verfügung stehen, das ist für mich eine Frage von Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Hier müssen auf Landesebene vor allem in einem so reichen Bundesland wie Baden-Württemberg endlich die Weichen gestellt werden.

Fünf der dreißig Städte mit den teuersten Mieten in Deutschland liegen im Kreis Ludwigsburg, fast die Hälfte in Baden-Württemberg. Eine Gemeinschaft lebt davon, dass unterschiedlichste Menschen, mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen, Leidenschaften und auch Einkommen zusammenleben. Wenn Wohnen zu teuer für ganze Gesellschaftsschichten wird ist das nicht nur zutiefst ungerecht, sondern auch eine Gefahr für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Für mich ist klar: Hier ist auch das Land in der Pflicht, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Bezahlbares Wohnen ist Langstrecke, kein Sprint. Aber wenn wir jetzt nicht endlich mit großen Schritten voranschreiten, kommen wir nie am Ziel an.

Als Naturwissenschaftler liegt mir natürlich das Thema Klima- und Umweltschutz am Herzen. Baden-Württemberg ist eine der innovativsten Regionen der Welt. Unsere Firmen, Universitäten und Institute sind im technischen und wissenschaftlichen Bereich stets am Puls der Zeit. Ich sehe es daher als wichtige Aufgabe der Landesregierung an, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch bei uns im Ländle Standards bei der Entwicklung klimafreundlicher Technologien gesetzt werden. Denn nur so können wir Arbeitsplätze auch auf lange Sicht sichern und gleichzeitig unseren Beitrag leisten, den Planeten zu schützen. Das 1,5 Grad Ziel ist für mich unverhandelbar!

Innovation kann nur durch gute Bildung erreicht werden. Hier liegt mir vor allem Chancengleichheit am Herzen. Zugang zu guter Bildung, von der Kita über Schule bis zu Ausbil-

dung und Studium muss für jede Bürgerin und jeden Bürger einfach und kostenfrei zur Verfügung stehen. Um Kinder und Jugendliche, auch mit bildungsfernem oder finanziell schwachem Familienhintergrund stärker zu fördern, halte ich die Stärkung der Gemeinschaftsschule und damit eine stärkere individuelle Betreuung für geboten. Der Sparkurs der grün-schwarzen Landesregierung im Bildungsbereich muss umgekehrt werden, denn gute Bildung ist die Voraussetzung für ein unabhängiges und selbständiges Leben, und das muss jeder und jedem ermöglicht werden.

Diese in meinen Augen wichtigen Themen kann ich hier nur anreißen. Auch zu anderen Themen wie z.B. innere Sicherheit, Digitalisierung oder Pflege freue ich mich auf Ihre Anregungen und den Austausch mit Ihnen (info@colin-sauerzapf.de).

Baden-Württemberg steht vor großen Herausforderungen. Ich will meinen Teil beitragen, dass unser Ländle sozialer, gerechter und klimafreundlicher wird und weiterhin ein Standort für Innovation bleibt.

Redaktion: Sonja Hanselmann-Jüttner, Gerhard Jüttner, Harald Konnerth, Peter Schwenzer, Maya Stockmeier, Karin Waldmann
V.i.S.d.P.: Maya Stockmeier, Beethovenstr. 11, 71732 Tamm
Internet: www.spd-tamm.de, www.facebook.com/spdtamm/, www.roter-hammel.de
E-Mail: vorstand@spd-tamm.de
Spenden an den SPD Ortsverein Tamm: Konto DE24604500500000095936, KSK

SPD Ortsverein Tamm
TAMM SPD

FRÜHSTÜCK UND POLITIK

Am 07.03.2021

10 Uhr, Kelter Tamm, Kirchenplatz 4

oder

11 UHR ONLINE

Das Format wird je nach Infektionsgeschehen zu einem späteren Zeitpunkt im Amtsblatt und im Internet bekannt gegeben!

Immer vielschichtiger und perfider werden die Methoden mit denen Täter vorgehen, um Frauen im Internet zu diskreditieren, zu mobben und bloßzustellen. Ein unbedacht gepostetes Foto kann schon schlimme Folgen haben.
Kriminalhauptkommissarin Andrea Glück vom Polizeipräsidium Ludwigsburg wird uns einige Bereiche dieser Art von Internetkriminalität aufzeigen, aber auch Möglichkeiten der Prävention vorschlagen. Der vorsichtige Umgang mit Fotos und persönlichen Daten sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

www.spd-tamm.de
Facebook.com/spdtamm

TAMM
AUFGABEN
MITEINANDER
MEISTERN
SPD